

Einfache Anfrage Die Mitte-EVP-Fraktion:**«Jugend+Sport (J+S) als grösstes Sportförderprogramm des Bundes darf nicht Opfer des eigenen Erfolgs werden**

Seit dem Jahr 2020 hat der Bundesrat im Sportförderprogramm J+S bei gleichbleibendem Kredit verschiedene Massnahmen beschlossen; unter anderem die Erhöhung der Lagerbeiträge, erhöhte finanzielle Unterstützung bei Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen mit einer Beeinträchtigung wie auch die Aufnahme neuer Sportarten (seit 2020 neun Sportarten). Diese Massnahmen zeigen Wirkung. Im Jahr 2024 haben so viele Kinder und Jugendliche wie noch nie an J+S-Aktivitäten teilgenommen. Leider führt diese positive Entwicklung nun dazu, dass bei einem gleichbleibenden Kredit die Beiträge ab dem Jahr 2026 um 20 Prozent gekürzt werden müssen. Im Kanton St.Gallen wurden im Jahr 2024 insgesamt mehr als 6,6 Mio. Franken an J+S-Beiträgen ausbezahlt. Unterstützt werden dabei Sportarten von A wie Aikido bis V wie Voltige, wobei die grössten Beträge an Fussballvereine und Lageraktivitäten von Jugendorganisationen ausbezahlt wurden.

Von den Beiträgen profitieren Sportvereine und -verbände, die damit Trainings und Infrastrukturen gewährleisten können. Dank J+S-Geldern können Mitglieder- und Lagerbeiträge tief gehalten werden. Als Alternative müssten wohl die Elternbeiträge erhöht werden, wovon besonders Familien mit kleinerem Einkommen und mehreren Kindern betroffen wären. Gerade im J+S-Bereich wird viel ehrenamtliche, unbezahlte Arbeit geleistet, was weiterhin zu unterstützen ist.

In verschiedenen Kantonen sind nun Bestrebungen im Gange, die fehlenden Bundesgelder kantonal zu kompensieren. Wir erachten dies als falsches Signal. Nicht alle Kantone haben die finanziellen Möglichkeiten dazu, was unweigerlich zu Ungleichheiten führen würde.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung auch der Ansicht, dass das J+S-Sportförderprogramm sinnvoll ist und die Beiträge dementsprechend dem Bedarf für das Jahr 2026 und für die Folgejahre vom Bund erhöht werden sollen?
2. Sieht die Regierung eine Möglichkeit, sich auf Bundesebene für eine bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung einzusetzen?»

14. Juli 2025

Die Mitte-EVP-Fraktion